

Landespolitik soll beim Kampf gegen Kiesabbau in Crossen helfen

Bürgerinitiative Crossen/Ahlendorf sucht Hilfe der Landespolitik – befürchtet wird Wertschöpfung außerhalb der Region

10. Februar 2018 / 02:59 Uhr



So idyllisch soll es in der Elsteraue bleiben, wenn es nach der BI geht. Foto: D. Urban

Ahlendorf. Die Bürgerinitiative (BI) Crossen/Ahlendorf hat bei einer Zusammenkunft am Donnerstag den früheren ersten Beigeordneten der Gemeinde und heutigen Landtagsabgeordneten und Gemeinderatsmitglied Jörg Henke (AfD) aufgefordert, sich gegen einen möglichen Kiesabbau im dem Crossener Ortsteil einzusetzen.

Zum Einen fürchten die Initiatoren der Initiative, der Ort könnte nur wenig oder gar nichts vom Abbau haben, weil die Zahl der Arbeitsplätze kaum ins Gewicht fallen und die wirkliche Wertschöpfung mit dem abgebauten Kies anderswo stattfinden könnte. Zum anderen ist die nicht zuletzt von Christian Nitsch vorgebrachte Befürchtung, dass eine größere Anzahl schwerer Lastwagen auf den Straßen Ahlendorfs unterwegs ist. „Wie bisher mit unseren Anliegen umgegangen wird, ist unbefriedigend“, sagte Nitsch.

Also hole man sich die Landtagsabgeordneten der Region ins Dorf: „Auch Mario Voigt

und Mike Huster haben wir angeschrieben.“ Veranstaltungen mit den beiden sollten demnächst folgen, wie auch mit den Bewerbern um das Landratsamt. Den Anfang machte nun also AfD-Mann Henke, der der BI zunächst Mut macht: „Ohne Sie hätte sich der Gemeinderat sicher nicht so intensiv mit dem Thema befasst.“

Aus rechtlicher Sicht werde der Abbau jedoch kaum zu verhindern sein. Das Grundstück gehöre der abbauwilligen Firma schon länger – und übers Bergrecht habe die Gemeinde selbst nicht die Entscheidungshoheit. Auch er frage sich allerdings, ob die Gemeinde Steuereinnahmen durch das Unternehmen zu erwarten habe. Zudem fürchtet man, dass zwischengelagerter Abraum aus der Kiesgrube das Elstertal verengen und im Fall von Hochwasser die Lage weiter verschärfen würde.

Befürchtet wird zudem, dass aus einem klein dimensionierten Kiesabbau ein Projekt werden könnte, das deutlich über die derzeit bekannte Größe hinaus wachsen und Teile des Elstertals beeinträchtigen könnte.

Henke wurde aufgefordert, sich im Gemeinderat darum zu bemühen, dass der Dezember-Beschluss umgesetzt wird. Darin wurde Bürgermeister Uwe Berndt (Linke) aufgefordert, eine Stellungnahme der Gemeinde an das Landesverwaltungsamt zu schicken, in der sich Crossen klar gegen den Abbau ausspricht: „Das hätte viel mehr Gewicht als wir mit der Bürgerinitiative haben.“ Auf Anfrage unserer Zeitung sagte Berndt, die Stellungnahme sei längst abgeschickt. Das Landesverwaltungsamt habe zudem erneut darauf hingewiesen, dass die Gemeinde nicht Herrin des Verfahrens sei. Wie der Stand des Genehmigungsverfahrens auf Landesebene ist, versprach der Abgeordnete mittels einer Kleinen Anfrage an die zuständigen Ministerien zu erkunden.

Florian Girwert / 10.02.18

Z0R0143219003